

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung .....</b>	21
<b>§ 1 Durch Abstimmung zu kollektiver Selbstbestimmung.....</b>	23
A. Argumente für Belegschaftsabstimmungen .....	23
I. Historische Kollektivierung des Arbeitnehmerschutzes.....	23
1. Schutz durch Gremien.....	23
a. Die Gewerbeordnung von 1891 .....	23
b. Das Betriebsrätegesetz von 1920.....	25
c. Das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 .....	26
d. Das Betriebsverfassungsgesetz von 1972 .....	27
2. Das Betriebsverfassungsgesetz von 2001 .....	29
3. Fazit .....	30
II. Die Betriebspрактиk .....	31
1. Betriebliche Demoskopie .....	31
2. Abweichende Vertretungsorgane.....	33
3. Unmittelbare Beteiligung ohne Rechtsrahmen .....	35
a. Schlafhorst, 26. September 2003 .....	35
b. Opel, 17./ 20. Oktober 2004.....	36
c. Viessmann, 10. April 1996.....	38
4. Der Fall SAP .....	39
5. Fazit .....	40
III. Das Fundament kollektiv-unmittelbarer Teilhabe .....	40
1. Betriebsdemokratie .....	41
a. Staats- und Betriebsverfassung – die Gemeinsamkeiten .....	43
aa. Zwei Systeme zur Bändigung von Herrschaft .....	43
bb. Teilhabe durch Repräsentanten.....	44

cc. Kein Einfluss der Vertretenen auf System und Akteure .....	45
b. Staats- und Betriebsverfassung – die Unterschiede.....	46
aa. Der „Fabrikherrsch“ als Grundrechtsträger .....	46
bb. Die Betriebsangehörigen als Vertragspartner.....	47
cc. Der Betriebsrat als Kooperationspartner .....	48
c. Fazit .....	49
<b>2. Selbstbestimmung .....</b>	<b>50</b>
a. Grenzen individueller Regelungsmacht im Betrieb.....	51
aa. „Strukturelle Unterlegenheit“ der Arbeitnehmer .....	51
bb. Verteilungskonflikte .....	52
b. Kollektiv-mittelbare und kollektiv-unmittelbare Teilhabe.....	54
c. Mehr Selbstbestimmung durch Abstimmungen?.....	54
d. Fazit .....	56
<b>3. Legitimation .....</b>	<b>56</b>
a. Erfordernis einer Legitimation des Betriebsrats .....	57
b. Bestehen von Legitimation .....	58
aa. Legitimation durch Arbeitsvertrag .....	58
bb. Legitimation durch Wahl .....	59
cc. Legitimation durch Gesetz .....	61
c. Mehr Legitimation durch Abstimmungen? .....	61
<b>4. Betriebsrat-Governance .....</b>	<b>63</b>
a. Umfangreiche Regelungsmacht .....	65
b. Zweckentfremdung von Regelungsmacht .....	66
c. Intransparente Interessenvertretung .....	68
d. Professionalisierung – Verkrustung.....	70
<b>5. Zwischenergebnis.....</b>	<b>72</b>
<b>B. Konzepte für Belegschaftsabstimmungen .....</b>	<b>72</b>
I. Mögliche Themen und Rechtsfolgen von Abstimmungen .....	72
II. Reformvorschläge für Abstimmungen zu Betriebsratswahlen .....	74

1. Mindestzustimmung für den Antrag nach § 16 Abs. 2 BetrVG .....	74
2. Mindestbeteiligung an Betriebsratswahlen .....	75
3. Urabstimmung über Betriebsratswahlen .....	75
4. Bewertung .....	76
<b>III. Reformvorschläge für Abstimmungen zu Sachfragen.....</b>	<b>77</b>
1. Abstimmungen als Hebel gegen Tarifverträge .....	77
a. Politische Vorschläge .....	78
aa. Der Vorschlag von CDU und CSU .....	79
bb. Der Vorschlag der FDP.....	80
b. Vorschläge aus der Wissenschaft.....	82
aa. Rechtswissenschaft.....	82
bb. Wirtschaftswissenschaften.....	83
c. Vorschläge von Verbänden .....	84
d. Bewertung .....	84
aa. Indizwirkung von Abstimmungen.....	85
bb. Legalisierung von Betriebsvereinbarungen .....	87
cc. Zwischenergebnis.....	88
2. Abstimmungen über Arbeitskampfmaßnahmen .....	88
3. Abstimmungen über die Unternehmensstrategie .....	90
<b>IV. Ergebnis .....</b>	<b>90</b>

<b>§ 2 Bestandsaufnahme kollektiv-unmittelbarer Teilhaberechte .....</b>	<b>91</b>
A. Kollektive Teilhabe an institutionellen Fragen .....	91
I. Teilhabe in Form von Abstimmungen.....	91
1. Abstimmungen über die Wahl von Vertretungen .....	92
a. Abstimmung vor der erstmaligen Sprecherausschusswahl .....	92
b. Keine Abstimmung vor der erstmaligen Betriebsratswahl .....	93
aa. Ziel der Erleichterung von Betriebsratswahlen.....	93
bb. „Mentorenprinzip“ statt Urabstimmung .....	94

c.	Teilhabe an der Entscheidung über weitere Vertretungen .....	97
aa.	Insbesondere: Vertretungen in der SE .....	97
bb.	Insbesondere: Errichtung eines EBR .....	98
d.	Gründe für die unterschiedlichen Teilhaberechte ... .....	99
aa.	... im Fall der Betriebsräte .....	99
bb.	... im Fall leitender und "normaler" Angestellter.....	100
	[1] Die Argumente von Gesetzgeber und Wissenschaft.....	100
	[2] Stellungnahme.....	101
2.	Abstimmungen über die Abberufung von Vertretungen .....	103
a.	Keine unmittelbare Abberufung von Betriebsräten .....	103
b.	Unmittelbare Abberufung von Arbeitnehmer-Aufsichtsräten.....	104
c.	Die Regelungen für andere Vertretungsgremien .....	105
d.	Gründe für die unterschiedlichen Teilhaberechte .....	105
aa.	Entstehungsgeschichte.....	105
bb.	Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.....	106
cc.	Bewertung.....	107
3.	Abstimmungen über das Wahlverfahren für Vertretungen.....	110
a.	Wahlverfahren für Betriebsräte und Sprecherausschüsse .....	110
b.	Wahlverfahren für Arbeitnehmer-Aufsichtsräte .....	111
c.	Bewertung .....	112
4.	Abstimmungen über abweichende Vertretungsstrukturen.....	113
a.	Abweichende Strukturen für Sprecherausschüsse .....	114
aa.	Die herrschende Interpretation des SprAuG .....	114
bb.	Stellungnahme.....	115
b.	Abweichende Strukturen für Betriebsräte.....	116
aa.	Die Regel: Keine frei geschaffenen Vertretungen .....	116
bb.	Die Ausnahme: Gesetzliche Öffnungsklauseln .....	118
	[1] Abstimmung nach § 3 Abs. 3 BetrVG .....	118
	[2] Keine Abstimmung über Betriebsstrukturtarifverträge .....	120

[3] Abstimmung nach § 4 Abs. 1 S. 2 BetrVG .....	122
II. Weitere institutionelle Teilhaberechte.....	124
1. Teilhabe an Verhandlungslösungen für Gremien .....	124
2. Einberufung von Versammlungen .....	126
3. Einrichtung von Arbeitsgruppen.....	127
III. Fazit .....	129
B. Kollektive Teilhabe an Sachfragen .....	131
I. Teilhabe in Form von Abstimmungen.....	131
1. Rechtsgeschichte: § 1 Abs. 4 S. 2 KSchG a.F. ....	131
2. Die aktuelle Rechtslage.....	133
3. Das Potential rechtsverbindlicher Belegschaftsabstimmungen .....	134
II. Weitere Teilhaberechte in Sachfragen .....	136
1. Teilhabe durch Anregungen und Vorschläge .....	136
2. Teilhabe in der Arbeitsgruppe.....	137
3. Ungeschriebene Teilhaberechte? .....	138
III. Fazit .....	140
<b>§ 3 Zuordnung der Teilhaberechte durch die Betriebsverfassung.....</b>	<b>143</b>
A. Träger der gesetzlichen Teilhaberechte.....	143
I. Das Problem und seine Relevanz für Belegschaftsabstimmungen.....	143
II. Zuordnung der Teilhaberechte .....	145
1. Der Betriebsrat als Rechtsmachträger.....	145
a. Wortlaut und Systematik des Betriebsverfassungsgesetzes.....	145
b. Zweck des Betriebsverfassungsgesetzes.....	146
c. Quelle möglicher Rechte des Betriebsrats .....	147
d. Schlussfolgerung .....	148
2. Die Arbeitnehmer als Rechtsträger .....	149
3. Das Verhältnis zwischen Betriebsrat und Arbeitnehmern .....	150
a. Rechtsnatur .....	150

b. Konsequenzen dieser Deutung.....	152
aa. „Freies Betriebsratsmandat“? .....	152
[1] Unabhängigkeit der Betriebsräte.....	152
[2] ... aber kein betriebspolitisches Mandat.....	154
bb. Eingeschränkter Rechtsschutz der Belegschaft .....	155
cc. Ausgleich von Interessen ohne Arbeitnehmereinfluss.....	157
B. Träger der Abstimmungsrechte .....	158
C. Spielraum für gewillkürte Abstimmungsregeln .....	160
I. Tarifliche Abstimmungsregeln .....	161
1. Tarifklauseln über Abstimmungen .....	161
a. Abstimmungen zu organisatorischen Fragen.....	161
b. Abstimmungen zu Sachfragen .....	164
2. Ermächtigung zur Ratifizierung von Tarifklauseln .....	165
II. Betriebliche Abstimmungsregeln .....	167
1. Regelung durch Betriebsvereinbarungen .....	167
a. Betriebsvereinbarungen über Abstimmungsrechte .....	168
aa. Abstimmungen zu organisatorischen Fragen .....	168
bb. Abstimmungen zu Sachfragen .....	169
b. Ratifizierung von BV durch die Belegschaft .....	171
2. Einseitige Kompetenzübertragung durch den Betriebsrat .....	172
III. Vereinbarungen zwischen Belegschaft und Arbeitgeber.....	174
IV. Ergebnis .....	175
<b>§ 4 Abstimmungen im Teilhabesystem der Betriebsverfassung .....</b>	<b>176</b>
A. Abstimmung über die Wahl eines Betriebsrats.....	176
I. Das Abstimmungsmodell.....	176
1. Abstimmungsgegenstand .....	177
2. Ablauf der Abstimmung.....	177
3. Kompetenzen von Gesamt- und Konzernbetriebsrat .....	178

4. Abstimmungsrecht, Feststellung der Abstimmungsberechtigten .....	179
5. Mindestquorum für eine Betriebsratswahl.....	180
a. Zustimmung nur der Versammlungsteilnehmer .....	180
b. Mehrheitsprinzip und Minderheitenschutz .....	182
c. Bestimmung des Abstimmungsquorums .....	183
6. Rechtsfolge und Geltungsdauer des Abstimmungsergebnisses.....	184
<b>II. Die Bewertung des Modells .....</b>	<b>185</b>
1. Kein „Anspruch auf Betriebsrat“ .....	185
2. Verhältnismäßigkeit von Abstimmungen .....	186
3. Systemgerechtigkeit .....	188
a. Grundsatz der Freiwilligkeit der Betriebsratswahl .....	188
b. Negative und positive Wahlfreiheit .....	189
c. Reichweite der positiven Mitbestimmungsfreiheit? .....	190
<b>III. Ergebnis .....</b>	<b>191</b>
<b>B. Abstimmung über die Amtsenthebung von Betriebsräten .....</b>	<b>191</b>
<b>I. Das Abstimmungsmodell.....</b>	<b>192</b>
1. Abstimmungsgegenstand .....	192
2. Abstimmungsverfahren .....	192
3. Materielle Antragsvoraussetzungen? .....	194
4. Antragsrecht und Antragsquorum.....	194
5. Abstimmungsrecht und notwendige Stimmenmehrheit.....	195
6. Rechtsfolge der Abstimmung.....	195
<b>II. Die Bewertung des Modells .....</b>	<b>196</b>
1. Entgegenstehende Rechte betrieblicher Minderheiten .....	196
a. Reichweite des Minderheitenschutzes .....	196
aa. Schutzniveau des Betriebsverfassungsgesetzes .....	196
bb. Verfassungsrechtlich gebotenes Schutzniveau .....	199
b. Feststellung der Systemwidrigkeit von Abstimmungen .....	200
aa. Mittelbare Wirkung: Störung der Amtsausübung des BR .....	201

[1] Keine Beseitigung des freien Mandats.....	201
[2] Übermäßige Nähe zu imperativem Mandat? .....	201
[3] Erfahrungen mit den Mitbestimmungsgesetzen.....	202
[4] Erfahrungen mit Österreichs Arbeitsverfassungsgesetz ....	203
[5] Zwischenergebnis.....	205
bb. Unmittelbare Wirkung: Verlust gewählter Vertreter.....	205
c. Rechtfertigung der Systemwidrigkeit .....	206
aa. Gewicht des Eingriffs durch Abberufungen .....	206
[1] Tragweite für das Verhältniswahlssystem.....	206
[2] Tragweite für die Belange von Minderheiten .....	208
bb. Gewicht der Gründe für Abberufungen.....	208
cc. Ausgleich der Belange durch die Abstimmungsregeln.....	209
[1] Verhältnismäßigkeit der Verfahrensregeln .....	209
[2] Ausgleich von Systemwidrigkeit und Regelungsziel .....	209
d. Ergebnis.....	210
2. Entgegenstehende Belange der Betriebsräte.....	210
a. Rechte des Betriebsrats als Gremium .....	211
b. Rechte des einzelnen Betriebsratsmitglieds.....	212
III. Ergebnis .....	214
C. Ratifizierung von Betriebsstrukturtarifverträgen .....	214
I. Das Abstimmungsmodell.....	214
1. Gegenstand der Abstimmung.....	214
a. Zusätzliche Vertretungen (§ 3 Abs. 1 Nr. 4 und 5 BetrVG).....	215
b. Alternative Vertretungen (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 BetrVG).....	216
2. Obligatorische Abstimmung .....	219
3. Einmalige Abstimmung .....	219
4. Stimmrecht .....	220
a. § 3 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG .....	221
b. § 3 Abs. 1 Nr. 2 BetrVG .....	221

c. § 3 Abs. 1 Nr. 3 BetrVG .....	222
5. Notwendige Mehrheit .....	223
6. Rechtsfolge der Abstimmung.....	224
7. Geltungsdauer des Abstimmungsergebnisses .....	225
<b>II. Die Bewertung des Modells .....</b>	<b>226</b>
1. Entgegenstehende Belange der Tarifparteien .....	226
2. Entgegenstehende Belange der unterlegenen Minderheit.....	227
a. ... im Fall einer erfolgreichen Ratifizierung.....	227
b. ... im Fall einer gescheiterten Ratifizierung.....	228
<b>III. Ergebnis .....</b>	<b>228</b>
<b>D. Weisungen an Betriebsräte.....</b>	<b>228</b>
<b>I. Das Abstimmungsmodell.....</b>	<b>229</b>
1. Zwei Gestaltungsmöglichkeiten.....	229
a. Regelung durch die Belegschaft oder auf ihre Weisung? .....	229
b. Bedenken gegen Abstimmungen mit „Außenwirkung“ .....	230
aa. Rechtsunsicherheit durch zusätzliche Fehlerquellen .....	230
bb. Rechtsunsicherheit mangels Verantwortungsträgern .....	231
c. Zwischenergebnis.....	233
2. Abstimmungsverfahren .....	233
3. Initiativrecht des Betriebsrats oder Arbeitgebers?.....	234
4. Gegenstand der Abstimmung.....	235
a. Zulässige Abstimmungsthemen .....	235
b. Grenzen zum Schutz einzelner Arbeitnehmer .....	236
c. Grenzen zum Schutz des Arbeitgebers .....	237
d. Beispiele für zulässige Abstimmungsthemen .....	237
5. Stimmrecht und notwendige Mehrheit.....	238
6. Rechtsfolge der Abstimmung.....	238
a. Rechtsfolge für den Betriebsrat.....	238
b. Rechtsfolge für den Arbeitgeber? .....	239

7. Geltungsdauer des Ergebnisses .....	239
8. Rechtsschutz bei Untätigkeit des Betriebsrats .....	240
9. Rechtsschutz gegen unzulässige Abstimmungsthemen .....	240
<b>II. Die Bewertung des Modells .....</b>	<b>240</b>
1. Keine entgegenstehenden Belange des Betriebsrats .....	241
2. Entgegenstehende Belange von Minderheiten .....	241
a. Schutzniveau für Minderheiten .....	241
b. Systemwidrigkeit der Abstimmungsregeln .....	241
c. Zwischenergebnis .....	243
3. Funktionsstörung des betrieblichen Teilhabesystems .....	243
a. Weisungsfreiheit des Betriebsrats als Funktionsbedingung .....	243
aa. Imperatives Mandat des Betriebsrats .....	243
bb. Wirkung auf die Funktionsfähigkeit der Mitbestimmung .....	244
b. Repräsentativität als Funktionsbedingung .....	246
c. Entscheidungsverantwortung als Funktionsbedingung .....	247
<b>III. Ergebnis .....</b>	<b>249</b>
<b>E. Ratifizierung von Betriebsvereinbarungen .....</b>	<b>249</b>
<b>I. Das Abstimmungsmodell .....</b>	<b>250</b>
1. Gegenstand und Verfahren der Abstimmung .....	250
2. Ausgenommene Themen .....	251
a. Betriebsverfassungsrechtliche Normen .....	251
aa. Betriebsstrukturvereinbarungen .....	251
bb. Weitere betriebsverfassungsrechtliche Normen .....	252
b. Sprüche der Einigungsstelle .....	252
c. Interessenausgleich und Sozialplan .....	253
3. Fakultative oder obligatorische Abstimmungen? .....	255
4. Abstimmungsrecht und Mehrheit für eine Ratifizierung .....	257
5. Rechtsfolge der Abstimmung .....	257
6. Geltungsdauer des Abstimmungsergebnisses .....	258

<b>II. Die Bewertung des Modells .....</b>	<b>258</b>
1. Die Folgen für den Betriebsrat.....	258
2. Die Folgen für den Arbeitgeber .....	259
a. Unmittelbare Wirkung.....	259
aa. Eingriff in die Unternehmerfreiheit?.....	259
bb. Verhältnismäßigkeit der Beeinträchtigung .....	261
[1] Gewichtung der beteiligten Belange .....	261
[2] Abwägung der Belange .....	263
b. Mittelbare Wirkung.....	264
aa. Kumulative Wirkung von Beteiligungsrechten.....	264
bb. Zumutbarkeit der Abstimmungsregeln.....	266
[1] Keine Obergrenze im geltenden Recht .....	266
[2] Funktionsfähigkeit des Betriebs als Maßstab .....	267
[3] Sozialrelevanz der Unternehmerfreiheit als Maßstab .....	269
[4] Zwischenergebnis.....	270
3. Anpassungen zugunsten der Unternehmerfreiheit .....	270
a. Mindestgröße des Betriebs .....	270
b. Finanzielle Lastenteilung .....	270
aa. Versuch einer Kostenschätzung .....	271
[1] Personalkosten.....	272
[2] Sachkosten.....	273
[3] Kostenersparnis durch E-Voting? .....	274
[4] Zwischenergebnis.....	275
bb. Verteilungsgrundsätze für Abstimmungskosten.....	275
[1] Verteilung nach Verursacherprinzip .....	276
[2] Belastung von Profiteuren.....	277
cc. Verteilungsmechanismus.....	278
dd. Zulässigkeit des Verteilungsmodells .....	279
<b>III. Ergebnis .....</b>	<b>280</b>

<b>§ 5 Ergebnisse .....</b>	<b>281</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>287</b>